

SP lehnt biometrische Daten im Ausweis ab



Bundesrat Moritz Leuenberger erhält nach seiner Rede Blumen von SP-Vizepräsidentin Pascale Bruderer (AG). Bild Key

neuenburg Die SP-Delegierten haben am Samstag in Neuenburg nein zu biometrischen Reisepapieren gesagt. Die Nein-Parole wurde mit 146 zu 17 Stimmen bei 7 Enthaltungen beschlossen. Die SP kritisierte die im Ausweisgesetz vorgesehene zentrale Speicherung der Daten und die Möglichkeit, die Identitätskarten mit biometrischen Daten auszustatten. Schengen mache diesbezüglich keine Vorgaben.

Auch bei einem Nein zu dieser Vorlage könne die Schweiz schengenkonform handeln, sagte die Basler Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer.

Angst vor Missbrauchspotential

Das Missbrauchspotential bei einer zentralen Speicherung der Daten steige – insbesondere auch, weil für biometrische Ausweisepapiere das digitalisierte Gesichtsbild und vor allem der Fingerabdruck erfasst würden, kritisierte die Partei. Dass es auch anders gehe, zeige das Beispiel Deutschland. Dort würden die erfassten Daten nach ihrem Eintrag im Pass vernichtet. «Die Bürgerinnen und Bürger müssen zu- dem selbst entscheiden können, ob sie auch ihre Identitätskarte mit biometrischen Daten ausgerüstet haben wollen», forderte die Waadtländer

Nationalrätin Ada Marra. Diese Möglichkeit sei mit der Gesetzesvorlage nicht gegeben. Die Verankerung der Komplementärmedizin in der Verfassung befürworteten die Delegierten dagegen mit 164 zu 6 Stimmen. Beide Vorlagen kommen am 17. Mai vors Volk.

Rezepte gegen die Krise

Unter dem Titel «New Social and Green Deal» haben die Delegierten der SP Schweiz zudem zehn Thesen zur sozialen und ökologischen Erneuerung der Wirtschaft verabschiedet. Die aktuelle Krise müsse als Wendepunkt betrachtet werden und als Chance für den sozialen, ökologischen und gleichstellungspolitischen Umbau der Wirtschaft genutzt werden. Nur mit entsprechender Rücksichtnahme auf Umwelt und Mensch sei ein nachhaltiges Wachstum möglich. Erneuerbare Energien, der öffentliche Verkehr, Wohnungsbau und die Solidarität gelte es zu fördern. «Unter der Krise leiden diejenigen am meisten, die nichts zu den Ursachen beigetragen haben», kritisierte Bundesrat Moritz Leuenberger vor den Delegierten in Neuenburg. Auch er plädierte für eine Politik der Nachhaltigkeit. Nicht verkneifen konnte er sich in seiner Rede einen humoristischen Seitenhieb auf die Angriffe des deutschen Finanzministers Peer Steinbrück: «Lieber eine nachhaltige Rothaut als ein bleiches Grossmaul», sagte Leuenberger. In Resolutionen forderte die SP mehr Steuergerechtigkeit, Reformen der Finanzmärkte sowie die Abschaffung der Pauschalbesteuerung.

Ohrfeige für Galladé

Die Versammlung verweigerte schliesslich der Zürcher Nationalrätin Chantal Galladé mit 74 zu 62 Stimmen die Wahl ins Präsidium der SP-Fachkommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur. Mit ihrer positiven Einstellung zur freien Schulwahl hatte Galladé in der Partei schon heftige Diskussionen ausgelöst. (sda)